Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 5

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Frankreich

Wunsch nach Sicherheit

Allgegenwärtig – französische Armee im eigenen Land. Bild: F. Raisin/Armée de Terre/Défense

Wenn auch nur vorübergehend, so sind die Franzosen nicht abgeneigt, einen Militär als Chef ihrer Grand Nation zu sehen. Eine Ende März in Frankreich vom Institut Odoxa durchgeführte repräsentative Umfrage zeigt, dass sich 50% der Bürger im Falle erneuter Terroranschläge und einem damit verbundenen Ausnahmezustand dafür aussprechen, das Land von einem Soldaten führen zu lassen. Gar 55% sind bereit, neue Spezialmassnahmen zu befürworten, wenn diese dazu dienen, «die Sicherheit der Einwohner besser zu gewährleisten, auch wenn dies eine Einschränkung der persönlichen Freiheiten bedeuten würde», so die Umfrageergebnisse. Bemerkenswert, sechs von zehn Franzosen glauben, dass sich Frankreich aktuell im Krieg gegen den Terrorismus befindet. Im Vertrauen, dass die Behörden diesen Kampf gewinnen, finden 54%, dass die Armee das richtige Mittel dafür sei. Die Polizei erhielt nur 20% Zuspruch, gleich viel wie die Justizorgane. Der EU (8%) oder der eigenen Regierung (7%) trauen die Franzosen diese Fähigkeit nicht zu. Die Ergebnisse sind nicht weiter erstaunlich, bereits vor einem halben Jahr sprachen sich 41% der Bürger für eine «autoritäre politische Macht» zur Lösung der sicherheitsrelevanten Probleme aus. Aktuell geniesst in Frankreich die Armee einen grossen Stellenwert und erhält viel Zuspruch aus dem Volk. Die erhöhte Präsenz und Sichtbarkeit des uniformierten militärischen Personals auf Grund des Planes «Vigipirate» mit seiner Operation «Sentinelle» – zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit etabliert und aktuell zur Entlastung der Polizei, welche sich mit den Gelbwesten auseinandersetzt, eingesetzt – trägt offensichtlich dazu bei. Speziell, bereits bei der Besiegelung der Formalitäten zur Demission des ehemaligen Generalstabchefs Pierre de Villiers im Jahr 2017 gab es Stimmen, die diesen aufforderten, sich aktiv in der Politik zu engagieren. Dies gipfelte Ende 2018 darin, dass Christophe Chalençon, einer der Anführer des «Mouvement des Gilets Jaune», den Premierminister Édouard Philippe mit samt seiner Regierung zum sofortigen Rücktritt aufforderte, nur um dem ehemaligen General de Villiers das Heft, und somit die Macht, in die Hand zu geben.

Syrien / Israel

Wie weiter auf den Golanhöhen?

Wie weiter im Golan? Bild: mejditours.com

Mit der Anerkennung der Golanhöhen als israelisches Territorium goss US-Präsident Trump Öl ins Feuer des seit dem Sechstage-Krieg lodernden Konflikt zwischen Syrien und Israel. Beide Länder unterzeichneten 1974, nach Ende des Yom Kippur-Krieges einen Waffenstillstand. Die nach offizieller völkerrechtlicher Deutung zu syrischem Staatsgebiet gehörende Bergkette blieb aber seither grossmehrheitlich von Israel besetzt, seit 1981 sogar annektiert. Für die Stabilität sorgt eine UNO-Blauhelmmission, die *United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF),* ebenfalls überwachen UNO-Militärbeobachter die Waffenstillstandslinie zwischen beiden Ländern. Das Mandat der UNDOF wurde erst im Dezember 2018 vom UN-Sicherheitsrat verlängert, die USA stimmten damals dafür. Nun hat die Arabische Liga auf ihrem Gipfel Ende März in Tunis diese unilaterale Anerkennung scharf verurteilt und gleichzeitig einen Aufruf zur Gründung eines palästinensischen Staats bekräftigt. Die arabischen Staatsoberhäupter gaben ihre «volle Unterstützung für das Recht Syriens» auf das besetzte Gebiet und brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, «die Bemühungen um die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen Israel und

Palästina fortzusetzen». Der ägyptische Präsident Abd al-Fattah as-Sisi forderte eine umfassende Friedenslösung und verlangte «diese schmerzhafte Ära zu beenden, die unsere Energie für sieben Jahrzehnte verschwendet hat». Offenbar wollen die arabischen Regierungsvertreter der Öffentlichkeit gefallen, denn deren Bemühungen, sich für die Palästinenser einzusetzen, waren in den letzten Jahren beinahe inexistent. Mehrere ehemalige Erzfeinde Israels unternahmen derweil in den vergangenen Jahren den Versuch, ihre Beziehungen zum jüdischen Staat zu normalisieren, was meistens im Konsens mit den USA geschah. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass den am Tunis-Gipfel gefassten Parolen keine Taten folgen werden. Mahjoob Zweiri, der Direktor des Gulf Studies Center an der Qatar Universität fasste diesen Umstand gekonnt zusammen und bezeichnete das Treffen als einen Versuch arabischer Staatsmänner, «zu leugnen, was in der arabischen Welt geschieht, wie die Zunahme der Korruption, mangelnde Transparenz und die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation.» Bemerkenswert in jedem Fall scheint, dass Trumps Manöver kurz vor den israelischen Wahlen im April möglicherweise auch auf den Umstand zurückzuführen ist, dass unter den Golanhöhen bereits seit 2013 grössere Ölvorkommen vermutet werden. Die Explorationsrechte wurden 2017 einer israelischen Firma anvertraut, welche einem US-Amerikanischen Ölförderunternehmen namens Genie Energy gehört. Dass im strategischen Beirat von Genie politische Grössen wie Dick Cheney (ehemaliger US-Vizepräsident), der Medienmogul Rupert Murdoch und nebst weiteren auch ex CIA-Chef James Woolsey Entscheidungen treffen, mag nun in das Genre der Verschwörungstheorien gehören. Sollte jedoch dereinst Erdöl auf annektiertem Staatsgebiet gefördert werden, müsste die Legalität eines solchen Vorhabens angezweifelt werden. Derweil verkündete Israel, in den nächsten dreissig Jahren 250 000 Siedler im Golan ansiedeln zu wollen.

Russland

Manipulation an Navigationssystemen

Ein Bericht mit dem Titel «Above Us Only Stars» erörterte anfangs April die Fähigkeiten Russlands, die Signale des Global Navigations Satellite Systems (GNSS) zu blockieren, zu stören oder zu fälschen. Zum GNSS gehören das US-basierte Global Positioning System (GPS), das russische GLONASS, GALILEO der Europäischen Union, Beidou der Chinesen, das japanische Quasi-Zenit-Satelliten-System (QZSS) sowie das Indian Regional Navigation Satellite System (IRNSS), genannt NAVIC. Insgesamt geht es darum, dass Russland mittels der so genannten GNSS-Interferenz eine spezifische strategische Bedrohung darzustellen vermag. Unter Verwendung öffentlich zugänglicher Daten und kommerzieller Technologien wurden Muster von GNSS-Spoofing (Verschleierung und Täuschung) in Russland, der Krim und Syrien analysiert. Diese zeigten, dass sich Russland auf diesem Gebiet unterdessen einen komparativen Vorteil zur Erreichung seiner militärischen Ziele sowohl auf taktischer, als auch auf strategischer Ebene

Verbreitung der GNSS-Störsender. Bild: c4ads.org

aneignete. Bereits im Jahr 2018 warnte die NATO davor, dass es im östlichen Mittelmeerraum zu grösseren Störungen der Navigationssysteme kommen könnte. Ebenfalls wurden während mehreren Manövern der Allianz die Navigationssysteme vorsätzlich missbraucht und gestört. Norwegen und Finnland berichteten von einiger Tage dauernden Störungen, die Verkehrsflugzeuge und Mobilfunknetze beeinträchtigten. GPS-Spoofing an sich ist kein neues Phänomen. Immer wieder erfährt Südkorea Störungen seiner Systeme durch den nördlichen Nachbarn. Und bereits 2013 gelang es Forschern mittels einer 2000 US Dollar teuren Hardware eine Luxusyacht ohne Problem von ihrem Kurs abzubringen. Das für den Bericht verantwortliche *Centre for Advanced Defense Studies* konnte nun aber aufzeigen, dass die russischen Streitkräfte in der Zeit von Februar 2016 bis Oktober 2018 in beinahe 10 000 Fällen Signale von Positionssatelliten gefälscht oder manipuliert haben. 8000 dieser Ereignisse betrafen kommerzielle Schiffe ausserhalb russischer Hoheitsgewässer. Die dafür zuständigen Einheiten haben ihre Systeme offenbar in den westlichen und südlichen Militärbezirken Russlands (und somit an der Grenze zur NATO) aufgestellt.

NATO

70 Jahre

Um den siebzigsten Jahrestag der Gründung der Nordatlantikallianz zu begehen, trafen sich anfangs April die Aussenminister der NATO-Mitglieder in Washington D.C. unter der Leitung von Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO. Letzterem ging es darum, «sieben Jahrzehnte des Friedens und des Wohlstands für unsere Nationen zu feiern». Es sei aber auch ein wichtiger Zeitpunkt, gemeinsam in die Zukunft zu blicken. Skepsis hinsichtlich den russischen Verstössen gegen den INF-Vertrag, das generell aggressive Verhalten Russlands, besonders auch gegenüber dem NATO-Partner Ukraine, die Terrorbekämpfung und die Bemühungen um eine Lösung der offenen Fragen zu Afghanistan, die Fortschritte in der Bekämpfung des Islamischen Staats in Syrien und dem Irak und die damit verbundenen lokalen Ausbildungseinsätze von NATO-Soldaten sind die aktuellen Dauerbrenner. Erfolge konnte die Allianz kürzlich bei den Rüstungsausgaben verbuchen. In den letzten drei Jahren stockten die europäischen Verbündeten und Kanada ihre Bud-

gets um 41 Milliarden US Dollar auf, bis Ende 2020 sollen es über 100 Milliarden sein. Neue NATO-Standorte in Polen und die damit verbundene Vorpositionierung von Rüstungsgütern und Ausrüstung sowie insgesamt 2,3 Milliarden US Dollar für koordinierte militärische Mobilitätsprojekte sind grosse Erfolge. Stoltenberg warnt zugleich, dass dieses Momentum aufrechterhalten werden muss. Denn seit siebzig Jahren macht die militärische Allianz zwischen Europa und Nordamerika die NATO zum stärksten Bündnis der Geschichte.

Vor 70 Jahren, Harry S. Truman unterzeichnet das Bündnisabkommen. Bild: NATO

Japan

Mehr Militärausgaben

Das hoch verschuldete Japan stockt seine Rekordausgaben für Verteidigung weiter auf. Das Parlament segnete den neuen Rüstungsetat für das kommende Fiskaljahr ab, der auf die Rekordhöhe von 5,26 Billionen Yen (über 45 Milliarden Franken) steigt. Damit sollen vor dem Hintergrund einer Bedrohung durch Nordkorea sowie des Machtstrebens Chinas unter anderem ein landgestütztes Raketenabwehrsystem sowie Tarnkappen-Kampfjets der Schutzmacht USA angeschafft werden.

Der Etat ist Teil des neuen Gesamthaushalts für das am 1. April 2019 beginnende Steuerjahr, der angesichts steigender Kosten für die soziale Sicherung im Zuge der rasanten Überalterung ein Rekordvolumen von 101,5 Billionen Yen (900 Mrd. Euro) umfasst.

Damit wird es für die drittgrösste Volkswirtschaft der Welt zunehmend schwieriger, ihre horrende Staatsverschuldung einzudämmen, die etwa zweieinhalbmal so hoch ist wie die jährliche Wirtschaftsleistung des Landes. Es ist das erste Mal, dass der Staatshaushalt zu Beginn eines neuen Steuerjahres die Schwelle von 100 Billionen Yen überschreitet.

Üblicherweise legen japanische Regierungen im Verlauf des Fiskaljahres weitere Zusatzhaushalte auf, um zusätzliche Ausgaben zu finanzieren. Zentraler Posten des neuen Staatshaushalts ist ein Konjunkturpaket im Volumen von rund zwei Billionen Yen, um negative Folgen einer im Oktober geplanten Anhebung der Verbrauchssteuer von gegenwärtig acht auf zehn Prozent auf die Binnennachfrage abzufedern.

USA

Erhöhter Druck auf NATO

Die Aussenminister der 29 NATO-Mitglieder trafen sich in Washington, um die 70 Jahre des Bündnisses zu feiern. Der US-Amerikanische Vizepräsident Mike Pence setzte die Anwesenden unter Druck.

Pence liess keine Zweifel daran, dass die ungemütlichen Zeiten für die europäischen Verbündeten noch lange nicht vorbei sind. Unter dem Strich machte er unmissverständlich klar, dass die Verbündeten sich in Zukunft nur dann auf Unterstützung verlassen können, wenn sie ihren Verpflichtungen gegenüber dem Bündnis nachkämen. Diese seien: mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts Verteidigungsausgaben, Vergabe der Rüstungsaufträge innerhalb der Allianz und gemeinsame Zuordnung der strategischen Prioritäten.

Pence kritisierte Deutschland direkt: Dass Deutschland an dem russisch-deutschen Gasleitungsprojekt Nord Stream 2 festhalte, sei «schlicht und einfach inakzeptabel» und könne Deutschland zum Gefangenen Russlands machen. Zudem müsse Deutschland spätestens 2024 nicht nur die versprochenen 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben, sondern zwei Prozent. Der deutsche Aussenminister versuchte, möglichst gelassen zu reagieren.

Dass Deutschlands Finanzminister Olaf Scholz wenige Tage vor dem NATO-Jubiläum die Ausgaben für die Bundeswehr in der mittelfristigen Finanzplanung wieder zurückgeschraubt hat, hat den deutschen Auftritt bei dem NATO-Treffen noch einmal erschwert.

Treffen der NATO-Aussenminister in Washington. Bild: NATO

Dazu hat er sich einen bemerkenswerten Satz zurechtgelegt: «Ich weiss, unser Haushaltsverfahren ist für Aussenstehende manchmal schwer zu verstehen – und glauben Sie mir: wahrlich nicht nur für Aussenstehende.» Dann fügt er hinzu: «Aber wir haben uns klar dazu bekannt, mehr Geld in Verteidigung zu investieren, und wir halten Wort.»

Noch harschere Töne als Deutschland musste sich die Türkei anhören, die sich entschieden hat, ein Raketenabwehrsystem von Russland zu kaufen. «Die Türkei muss wählen: Will sie ein entscheidender Partner des erfolgreichsten Militärbündnisses der Weltgeschichte bleiben, oder will sie die Sicherheit dieser Partnerschaft riskieren, indem sie unverantwortliche Entscheidungen trifft, die dieses Bündnis untergraben?», sagte Pence.

Taiwan

Gegen China zur Wehr

Verteidigungskräfte Taiwan. Bild: Wikimedia

Taiwan sieht sich von der chinesischen Regierung bedroht und rüstet auf, rhetorisch wie militärisch. Im November soll mit den USA ein gemeinsames Manöver stattfinden.

Notfalls auch mit Gewalt: Das ist das Drohszenario, mit dem China seine territorialen Ansprüche auf der Insel Taiwan durchsetzen könnte. Das fürchten zumindest viele Taiwaner, die sich zunehmend durch Manöver des chinesischen Militärs eingeschüchtert fühlen. Diese Sorge griff auch Präsidentin Tsai Ing Wen am Nationalfeiertag der Insel auf: Pekings Verhalten gefährde Frieden und Stabilität, sagte Tsai in einer vom Fernsehen übertragenen Rede. Sie warf der Regierung in Peking eine Destabilisierung der Region vor.

«Da Taiwan an der Front des West-Pazifiks liegt, sind wir naturgemäss einem erheblichen Druck ausgesetzt», sagte Tsai. Chinas «einseitige diplomatische Offensive und Militärmanöver» hätten nicht nur den Beziehungen zwischen beiden Ländern geschadet, sondern den «Status quo von Frieden und Stabilität ernsthaft gefährdet».

Mit der Ansprache Tsais dürfte die Beziehung zu China aber wohl auf einem neuen Tiefpunkt angelangt sein. Laut «South China Morning Post» missbilligte das Büro für Taiwan-Angelegenheiten in Peking die deutlichen Worte aus Taipeh. Die Rede sei «voll von separatistischen Bemerkungen» gewesen, hiess es demnach. Die «feindselige und provozierende Rede» beweise, dass die DPP in Wirklichkeit Frieden und Stabilität in der Region zerstöre.

Die taiwanische Regierung liess sich davon kaum einschüchtern. Stattdessen gab das Verteidigungsministerium bekannt, die Militärausgaben im kommenden Jahr deutlich anzuheben, um den von der Präsidentin geforderten Schutz der Selbstständigkeit der Insel gewährleisten zu können. Im kommenden Jahr soll das Budget etwa elf Milliarden US-Dollar umfassen, 588 Millionen Dollar mehr als noch 2018. Es würden neue Waffen angeschafft, «um unsere Verteidigungskraft schnell zu erhöhen», hiess es aus dem Ministerium.

Fast zeitgleich zu den Ankündigungen hielten taiwanische Truppen zudem an der Ostküste Übungen ab, die sie auf Attacken vom Festland vorbereiten sollen, wie die «South China Morning Post» schreibt. Demnach soll mit Jets, Helikoptern und Truppen eine Invasion chinesischer Truppen nachgestellt worden sein. Lokale Medien gingen davon aus, dass sich das taiwanische Militär damit auch auf eine geplante Grossübung der US-Truppen in der Region vorbereiten wollte.

China

Mehr Militärausgaben

China will seine Militärausgaben um gut sieben Prozent erhöhen. Umgerechnet 156 Milliarden Euro sollen im laufenden Jahr in die Modernisierung der Streitkräfte fliessen, erklärte Regierungschef Li Keqiang beim Auftakt der Jahrestagung des Volkskongresses.

Mit umgerechnet 631 Milliarden Euro investieren die USA so viel Geld in ihr Militär wie kein anderes Land. Die Regierung unter US-Präsident Donald Trump investiert damit viermal mehr in ihre Streitkräfte als die chinesische Regierung unter Xi Jinping.

Die tatsächliche Differenz zwischen den Militäretats beider Länder ist nach Meinung von Militärfachleuten allerdings geringer als angenommen. Grund dafür seien zahlreiche Fragezeichen bei der Buchung von Ausgaben, die direkt oder indirekt mit dem chinesischen Militär verbunden seien.

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri geht davon aus, dass die tatsächlichen Militärausgaben um 50 Prozent höher liegen als bisher angenommen. Sipri-Fachmann Siemon Weze sagt, dass der Wehretat Chinas Zahlen, die signifikant für eine repräsentative Kalkulation der Ausgaben seien, schlicht und einfach nicht enthalten würde.

Ausgaben für demobilisierte Soldaten, die sogenannte «bewaffnete Polizei» oder die Finanzierung von Rüstungsimporten, tauchen etwa nicht im Etat für Verteidigungsausgaben auf, sondern seien anderweitig in den Haushaltsplan verflochten. Waffenkäufe aus Russland seien zudem wiederholt aus Quellen bezahlt worden, die der Militärbudgetplan nicht erfassen würde.

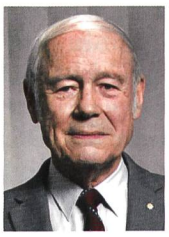
Wie die «South China Morning Post» berichtet, seien Milliardenkosten, die beim Bau von sechs Flugzeugträgerkampfgruppen angefallen seien, nur teilweise in den Wehretat aufgenommen worden. Unklar sei ausserdem, aus welchem Topf das chinesische Raumfahrtprogramm finanziert werde.

Kritik am chinesischen Vorgehen gibt es auch in Japan. Ein Sprecher der Regierung in Tokio bemängelte die nicht vorhandene Transparenz des chinesischen Militärhaushaltes. Die Rede war sogar von einer «Militarisierung» Chinas.

Von offizieller Seite müssen sich Kritiker mit Beschwichtigungen seitens der Regierung zufriedengeben. Die Investitionen seien «für kein Land eine Bedrohung» und dienten lediglich dem Ziel, «die Souveränität, Sicherheit und territoriale Integrität des Landes» zu gewährleisten, erklärte der Sprecher des Volkskongresses, Zhang Yesui.

Pascal Kohler, Henrique Schneider

Gegen ein bürokratisches, nutzloses und EU-orientiertes Waffenrecht!



Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kameraden und Kollegen

Hier schreibe ich nicht «Aus dem Bundeshaus», sondern über unser Waffenrecht, und warum ich dessen noch weitere Verschärfung als Liberal-Konservativer, Milizoffizier und Schütze aus staats- und sicherheitspolitischen Gründen entschieden ablehne.

1. Wo ist die Waffe in den Händen des Wehrmannes geblieben?
Erinnern Sie sich an die «alte» Bundesverfassung (BV)? Darin stand *«Die Waffe bleibt unter den durch die Bundesgesetzgebung aufzustellenden Bedingungen in den Händen des Wehrmannes.»* Diese Bestimmung verschwand in der angeblich nur nachgeführten BV vom 18. April 1999. Die damaligen behördlichen Zusicherungen, «die Waffe bleibt beim Wehrmann», werde künftig im revidierten Militärgesetz stehen, erwiesen sich als grobe Täuschung des Aktivbürgers und Armeeangehörigen.

2. Schrittweise Erschwerung und Ende des privaten Waffenbesitzes?
Versuchen seither die Armeegegner in Politik und Medien nicht unablässig, den waffentragenden Bürgersoldaten abzuschaffen? Den aus der Militärdienstpflicht entlassenen Armeeangehörigen wurde die Übernahme ihrer Dienstwaffe durch administrative und finanzielle Schikanen erschwert. Ein Lichtblick war die Ablehnung der Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» am 13. Februar 2011. Damit wurde die Einführung von Bedürfnisklausel und Nachregistrierung verhindert.

3. Weinerliche Schengenausschluss-Angstmacherei aus Politik und Wirtschaft?
Erreicht die Desinformation des Stimmbürgers über die vermeintlichen Folgen einer Ablehnung der EU-Waffenrichtlinie durch das Schweizervolk nicht neue Höhepunkte? Stossend ist die «Zweck heiligt die Mittel»-Allianz zwischen den drei Bundesratsparteien FDP, CVP und SP gegen die SVP, welche die Kniefälligkeit gegenüber der EU bekämpft. So schreiben die EU-Anpasser wahrheitswidrig: «Weder für Schützen, Jäger, noch Armeeangehörige ändert sich etwas [...].» Grundfalsch ist auch, dass das Scheitern des Waffengesetzes das Schengen-Abkommen automatisch beende.

Hören wir doch endlich auf, unser bereits (zu) strenges Waffenrecht unter Druck der Armeegegner und der EU bürokratisch, milizfeindlich, nutzlos und teuer weiter zu verschärfen! Stimmen wir NEIN zum EU-Entwaffnungsdiktat am 19. Mai 2019!

Heinrich L. Wirz, Oberst aD mit letzter Einteilung im Armeestabsteil Operative Schulung, Militärpublizist, Mitglied FDP, Bern

+ASMZ
Sicherheit Schweiz

Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Verlag Equi-Media AG
Brunnenstrasse 7
Postfach 732
8604 Volketswil
Telefon 044 908 45 65, Fax 044 908 45 40
abo@asmz.ch, www.asmz.ch

Abo-Bestellcoupon ASMZ
Zum Monatsanfang in Ihrem Briefkasten

☐ Jahresabo Fr. 78.– / Ausland Fr. 98.–
Preise inkl. MwSt.

Name:
Vorname:
Strasse:
PLZ/Ort:
Datum/Unterschrift: